RheinlandPfalz
MINISTERIUM
DES INNERN, FÜR SPORT
UND INFRASTRUKTUR

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Der Minister

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@isim.rlp.de
www.isim.rlp.de

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
16 / 4407
VORLAGE

24. Sep. 2014

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Nicole Steingaß Nicole.Steingass@isim.rlp.de	06131 16-3268 06131 16-163268

Sitzung des Innenausschusses am 11. September 2014
TOP 09: Einrichtung von Polizeibeiräten in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 16/4287 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 11. September 2014 wurde zu TOP 09 eine schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, meinen nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Ausgangssituation

Objektive Sicherheit und Sicherheitsgefühl werden maßgeblich von den örtlichen Bedingungen und den Maßnahmen von Polizei und Kommune beeinflusst. Von daher ist eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit beider Partner unerlässlich. Die GdP fordert zu weiteren Intensivierung der Kooperation der Partner und einer stärkeren Bürgerbeteiligung die Einrichtung so genannter Polizeibeiräte.

Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen

Öffentliche Sicherheit und Ordnung wird auch in Rheinland-Pfalz nur gemeinsam von Polizei und Kommune gewährleistet. Dabei müssen die Erwartungen der Bevölkerung

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,51,52

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt ISIM, Am Acker

LEBENDIG. SICHER. BÜRGERNAH.

angemessen berücksichtigt werden. Die Polizei Rheinland-Pfalz trägt diesen Zusammenarbeitserfordernissen mit den kommunalen Stellen - aber auch der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger - vielfältig Rechnung.
Die Polizeiinspektionen arbeiten eng und vertrauensvoll mit den Verbandsgemeinde-, Kreis- und Stadtverwaltungen zusammen. Die Leiterinnen und Leiter der Polizeidienststellen sowie die Kontakt- und Bezirksbeamten gewährleisten eine Informationssteuerung zu relevanten Sicherheitsfragen und eine unmittelbare Beteiligung zur Lösung von örtlichen Sicherheitsproblemen. Zudem haben Kontakt- und Bezirksbeamte ihre Ansprechstellen häufig in den Gebäuden der Verbandsgemeindeverwaltungen.
Daneben haben sich als Gremium zur Erörterung von kommunalen Sicherheitsfragen und Erarbeitung von Präventionsmöglichkeiten die vielerorts eingerichteten Kriminalpräventiven Räte bewährt.

Erfahrungen anderer Bundesländer

In den Ländern Schleswig-Holstein, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen ist die Einrichtung von so genannten Polizeibeiräten in den Polizeigesetzten verankert. Diese sind auf Ebene der Landkreise "Bindeglied zwischen Bevölkerung, Selbstverwaltung und Polizei". Sie sollen das vertrauensvolle Verhältnis fördern, die Arbeit der Polizei unterstützen sowie Anregungen und Wünsche der Bevölkerung an die Polizei herantragen.

Weitere Vorgehensweise

Transparenz staatlicher Maßnahmen und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sind in der heutigen Zeit Anforderungen, denen sich moderne Verwaltungen stellen müssen.
Die Polizei Rheinland-Pfalz belegt durch ihre Ansprechbarkeit vor Ort, die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und die Präsenz in digitalen Medien wie eine zeitgemäße Kommunikation zwischen Bevölkerung und Polizei erfolgt. Hierdurch werden Berührungsängste abgebaut, das Vertrauen in die Polizei gesteigert und polizeiliches Handeln transparent gemacht.

Um weitere Möglichkeiten der Kooperation mit den Kommunen und eine Intensivierung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu prüfen habe ich eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Herrn Polizeipräsident Jürgen Schmitt eingerichtet.
Hierbei soll auch der Vorschlag zur Einrichtung so genannter Polizeibeiräte in Rheinland-Pfalz erörtert und gegebenenfalls ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Roger Lewentz